

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 3

Artikel: Aus sowjetischer Sicht : Einparteiensystem und nationale Demokratie
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

8. Jahrgang, Nr. 3

Erscheint alle zwei Wochen

Bern, 8. Februar 1967



Fernsehen in Osteuropa

In den letzten Jahren hat das Fernsehen Osteuropa erobert. Mit Ausnahme von Albanien sitzen heute fast an jedem Abend 24 Millionen TV-Besitzer mit ihren Familien und Freunden — ungefähr 120 Millionen Zuschauer — vor den Flimmerkisten. Albanien ist das einzige Land Europas, das keine solche Einrichtung besitzt. In diesem Land dürfen nur 300 führende Funktionäre das Programm des italienischen Fernsehens genießen.

Für die stürmische Entwicklung ist vor allem die Situation in der Sowjetunion charakteristisch. Betrug die Zahl der TV-Geräte in der Sowjetunion 1953 noch 225 000, so waren es Anfang 1964 über 10 Millionen und heute bereits 12 Millionen. Während es 1953 in der UdSSR drei Fernsehzentren gab, bestehen heute dagegen 106 Programmstudios, die selbständige Sendungen ausstrahlen. Dazu kommen 42 grosse und 250 kleinere Relaisstationen.

Die Väter dieses Tele-Wunders waren nach östlicher Darstellung selbstverständlich Russen, wie

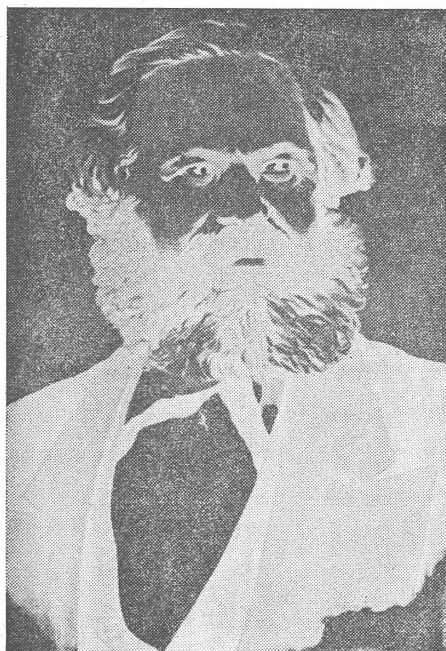
auch nach diesen Quellen der Erfinder des Radios A. S. Popow (1895) hiess und sich unter den sowjetischen Erfindungen Panzer und Kugelschreiber befinden.

Die «Sowjetische Enzyklopädie» zählt unter den russischen Pionieren des Fernsehens die Namen von P. Nipkow (1844), B. L. Rosing (1907), W. K. Zworykin (1929) und S. I. Katajew (1932) auf. Die Zeitschrift «Sowjetskaja Kultura» berichtete am 26. Mai 1964, wörtlich: «Unser Vaterland ist der Pionier von Radio und Fernsehen. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat ein russischer Wissenschaftler, Prof. Rosing, das Problem der Uebertragung von Bildern über eine gewisse Entfernung studiert. Am 22. Mai 1911 demonstrierte er mit Hilfe eines von ihm selber konstruierten Apparates die Uebertragung von Bildern in der Öffentlichkeit. Dies war die erste Fernsehübertragung der Welt.» Laut Sowjetenzyklopädie begannen die ersten regelmässigen Versuchssendungen in der UdSSR in den Jahren 1933 und 1934. Im Jahre 1938 wurde mit dem regulären Fern-

In dieser Nummer

- In Budapest erzählt** 3
22 Jahre ungarische Geschichte im Spiegel der Flüsterwitze.
- Die Neonazis** 4
Der Buchtipp zu einem Werk über nationalsozialistische Tendenzen organisierter oder nichtorganisierter Art in Deutschland.
- Die dritte Kraft in Jemen** 5
Die Royalisten stehen im Kampf gegen die ägyptischen Truppen nicht mehr allein.
- Gemischte Informationen** 6/7
U. a. über die Behandlung von Dienstverweigerern aus Gewissensgründen.
- Fragen an das SOI** 8/9
Bestimmt das Ziel der Weltrevolution eigentlich noch die sowjetische Politik?

sehbetrieb begonnen und das Moskauer Fernsehzentrum errichtet. 1937 wurden bereits 300 TV-Apparate in der Sowjetunion hergestellt. Heute ist jeder zwanzigste Sowjetbürger ein TV-Besitzer.
(Fortsetzung auf Seite 10)



Aus
sowjetischer Sicht:

Einparteiensystem und nationale Demokratie

Von Laszlo Revesz

Noch vor zwei-drei Jahren gab es zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten ziemlich scharfe ideologische und machtpolitische Gegensätze im Zusammenhang mit der Bewertung der nationalen Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern. Die Chinesen warfen den Sowjets vor, sie wollten die nationale Befreiungsbewegung in Afrika, Asien und Lateinamerika der internationalen Arbeiterbewegung in Europa — das heisst der KPdSU — unterordnen und wünschten, dass die führende Rolle auch in diesem Kampfgebiet der internationalen Arbeiterklasse — das heisst den von der KPdSU geführten kommunistischen Parteien — zufalle. Die Sowjets hingegen sagten, die «ultrarevolutionäre Phraseologie» der Chinesen sei nur eine Fassade, hinter welcher die strategische Hauptlinie der KP Chinas stecke, die kommunistische und nationale Befreiungsbewegung ihren Grossmachtinteressen unterzuordnen.

Seitdem jedoch China innere Schwierigkeiten hat, schreibt man in beiden Ländern weniger über diese Differenzen, und Moskau wünscht das

Problem der nationalen Befreiungsbewegung theoretisch und ideologisch in aller Ruhe — fern von jeglichen chinesischen Störungsmanövern — auszuarbeiten.

Bekanntlich stützt sich die aussenpolitische Linie der KPdSU und auch des von ihr geleiteten und kontrollierten Sowjetstaates auf das sogenannte «Dreierbündnis», das heisst auf das unerschütterliche und brüderliche Bündnis des «sozialistischen Lagers», der «internationalen Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern» und der «nationalen Befreiungsbewegung».

Die Sowjets beharren bis heute auf der angeführten Reihenfolge, die zugleich auch auf den Wichtigkeitsgrad der einzelnen Bestandteile der modernen revolutionären Bewegung hinweist. In letzter Zeit widmet man jedoch der nationalen Befreiungsbewegung immer mehr Aufmerksamkeit, so dass man den Eindruck bekommt, die «Verbündeten» des «sozialistischen Lagers» erhielten in der sowjetischen Theorie langsam das gleiche Gewicht.
(Fortsetzung auf Seite 2)

Ein Problem: Marx schwarz zu machen, ohne dass er negativ wird.

Bibliothek der
Hochschule
Eidgenössische
Technische
Hochschule
Bern
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

Einparteiensystem...

(Fortsetzung von Seite 1)

Gleiches ist nicht gleich

Am Ende des vergangenen Jahres wurden zwei wichtige Artikel im Zusammenhang mit der theoretischen und politischen Bewegung der nationalen Befreiungsbewegung veröffentlicht. In der Zentralzeitschrift für die Rechtswissenschaft, «Sowjetskoje gosudarstwo i pravo», befasste sich Akademienmitglied J. A. Judin mit dem Einparteiensystem in Afrika, und auch in Nr. 12 der Zeitschrift «Kommunist» wurde von einem anderen namhaften Autoren, K. Brutentsch, eine Studie «Fragen der Ideologie in der nationalen Befreiungsbewegung» herausgearbeitet. Beide Artikel zeigen, wie dialektisch die Thesen des Marxismus-Leninismus angewandt und wie unterschiedlich die gleichen politischen und juristischen Institutionen ausgewertet werden. Die gleiche These, das gleiche System kann als «revolutionär» und «fortschrittlich» oder als «reaktionär» und fortschrittsfeindlich abgestempelt werden, abhängig vom Klasseninhalt, wobei der Klasseninhalt zuerst auf den internationalen Klassenkampf und dann erst auf die Innenpolitik bezogen wird.

Während die sowjetische Rechtstheorie das Einparteiensystem für die entwickelten kapitalistischen Staaten als eine rückwärtige Entwicklung verurteilt und betont, dass die Kommunisten die Vorteile des Parlamentarismus vollumfänglich ausnützen und das bürgerliche Parlament als Kampfforum ausnützen müssen, nimmt sie zum gleichen Problem in den Entwicklungsländern eine unterschiedliche Stellung ein. Die Frage wird folgendermassen gestellt:

In den entwickelten kapitalistischen Ländern gibt es mehrere antagonistische Klassen und da die Partei ein Klassenprodukt ist, müssen die gegeneinander kämpfenden Klassen und gesellschaftlichen Schichten ihre eigene Partei haben.

Das Einparteiensystem...

Keine Partei sei hier — natürlich mit der Ausnahme der Kommunisten — in der Lage, die

gesamtnationalen Interessen zu vertreten. In den Entwicklungsländern kann aber das Einparteiensystem eine fortschrittliche Rolle haben, wenn 1. der Staat schon vollständig frei und unabhängig ist (sonst führt das Einparteiensystem zur kolonialen Diktatur und gewährt den revolutionären demokratischen Kräften keine Möglichkeit zum Zusammenschluss) und 2. wenn die herrschende Partei die Interessen der Volksmassen ausdrückt und als Endziel den Aufbau des Sozialismus aufstellt. Entscheidend ist also der Klasseninhalt: wenn das Einparteiensystem sich auf eine künstliche nationale Einheit stützen und die Partei als eine angeblich über den Klassen stehende Organisation ihre Macht für die Zwecke der nationalen und internationalen Bourgeoisie missbraucht, so muss gegen die herrschende Klassenpartei eine oppositionelle Organisation aufgestellt werden. Dem nichtsozialistischen Einparteiensystem von der Elfenbeinküste, von Nigeria, Senegal und Tschad wird vorgeworfen, es lehne den Klassenkampf ab und berufe sich auf afrikanische Traditionen, um die Unterdrückung von oppositionellen Kräften und den Klassengegnern zu rechtfertigen.

... je nachdem

Was den Werdegang des fortschrittlichen afrikanischen Einparteiensystems betrifft, wird folgende dialektische (und schlaue) Lösung als Gesetzmässigkeit angeführt: Dieses entstehe als «revolutionäre demokratische Partei» und als Vortrupp aus der früheren nationalen Einheitsfront, die nur während des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit notwendig war. Damit jedoch die Einheitsfront nicht in eine bürgerliche Partei hineinwächst (Beispiel: Kenia), muss sich die revolutionäre demokratische Partei von klassenfremden Elementen säubern (Demokratische Partei Guineas und der Sudanbund von Mali). Es sind die «revolutionären Demokraten» (Hauptfigur: Nasser), die garantieren, dass die revolutionären demokratischen Parteien sich in die Avantgarde der Arbeiterklasse umwandeln und für den Aufbau des Sozialismus einsetzen. Die

Garantien für eine solche Entwicklung sind dann: der «demokratische Zentralismus», kollektive Führung, innerparteiliche Demokratie, Uebergang vom rein territorialen zum Territorial- und Produktionsprinzip. Wie diese Grundsätze durch die führenden revolutionären Demokraten Nasser, Nkrumah usw. verwirklicht wurden, ist allgemein bekannt. Man muss natürlich betonen, dass man unter dem Begriff der «revolutionären Demokratie» die Demokratie für die Volksmassen und die Diktatur für die Gegner (vor allem Klassegegner) versteht, welche auf revolutionärer Grundlage, mit revolutionären Methoden (Klassenkampf und Terror) verwirklicht werden muss.

Guter Nationalismus

Brutentschs Ausführungen bedeuten vielleicht einen noch grösseren Purzelbaum der marxistisch-leninistischen politischen Theorie. Während der Nationalismus in der sozialistischen Entwicklungsetappe in allen Formen reaktionär ist und verfolgt wird, gilt er für die noch für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Entwicklungsländer als fortschrittlich, jedoch unter der Bedingung, dass er nicht für die nationale Einheit, für die Klassensolidarität und für eine über den Klassen stehende Nation eintritt, sondern für «Freiheit und Sozialismus». Der für die nationale Isolierung kämpfende nationale Egoismus sei hingegen ein reaktionärer Nationalismus und mit dem Antikommunismus verbunden. Der nationalistische Egoismus und die nationale Exklusivität schaffen günstige Bedingungen für eine innere Reaktion. Die Kommunisten in den Entwicklungsländern müssen auf einen von der internationalen Weltanschauung ausgehenden Nationalismus und Patriotismus beruhen und den proletarischen Internationalismus mit dem afroasiatischen Nationalismus verbinden.

Böser Nationalismus

Der reaktionäre Nationalismus in Afrika plädiert des öfteren für einen nationalen oder afrikanischen Sozialismus, der in manchen Hinsichten dem wissenschaftlichen Sozialismus direkt widerspreche und ihm feindselig gegenüberstehe. Der nationale oder afrikanische Sozialismus sei nur ein ideologischer Vorhang; in der Wirklichkeit wollte er Afrika dem Imperialismus, die einzelnen afrikanischen Staaten dem Kapitalismus ausliefern. Der nationale oder afrikanische Sozialismus wolle Klassenkampf und Revolution durch Reformen ersetzen, was nicht möglich sei, vielmehr den Gesetzen der sozialen Entwicklung widerspreche. Die sowjetische politische Ideologie behauptet eindeutig, der im Namen des Sozialismus auftretende nationale oder afrikanische Sozialismus spiele eine demagogische Rolle, er verneble einen politischen Kurs in Richtung Kapitalismus durch sozialistische Phraseologie.

In diesem Zusammenhang wird auf das grosse Verdienst der «revolutionären Demokraten» hingewiesen, die die Positionen der imperialistischen Monopole liquidieren, die lokale Gross- und Mittelbourgeoisie beschränken und ausschalten, die kapitalistischen Verhältnisse stufenweise durch die Elemente der sozialistischen Entwicklung ersetzen. Die revolutionären Demokraten huldigen nicht dem Reformismus, sondern weisen

(Fortsetzung auf Seite 9)



Vorbild für «revolutionäre Demokraten»: Präsident Nasser (links). Abschreckendes Beispiel für Abgleiten in bürgerliche Tendenzen: Präsident Kenyatta (rechts).

Einparteiensystem ...

(Fortsetzung von Seite 2)

einen militanten Geist auf und befürworten die revolutionären Methoden zur Lösung der Aufgaben der nationalen Wiedergeburt. Ein Verdienst der revolutionären Demokraten sei, wird in «Kommunist» besonders unterstrichen, dass sie die These über die «nationale Eigenart» der afro-asiatischen Länder zurückweisen. Wie Nasser erklärte, wurde der arabische Sozialismus von den ägyptischen Zeitungen erfunden: es gebe aber in Wirklichkeit keine Sozialismen, sondern nur einen einzigen wissenschaftlichen, universellen Sozialismus, der den nationalen Bedingungen angepasst werde. Brutentsch lobt die revolutionären Demokraten besonders, weil sie den Sieg des Sozialismus unter KP-Führung als Voraussetzung der weiteren Entwicklung anerkennen.

«Es geht nicht immer wie es soll»

Der Autor gesteht den «revolutionären Demokraten» weiterhin zu, sie hätten einen grossen Entwicklungsweg zurückzulegen. Während früher der guineische Führer offen betonte, in Afrika gebe es nur eine Klasse, die Klasse der Be-

sitzlosen, besteht er heute darauf, dass es auch in Afrika mehrere soziale Gruppen gibt, darunter auch mit ausbeuterischen Tendenzen. Während die Führer der ägyptischen Revolution früher von der «friedlichen Regulierung» der Klassenprobleme sprachen, sprechen sie heute von einem erbitterten Klassenkampf. Als ein Kompliment wird erklärt, die praktische Politik der revolutionären Demokraten sei radikaler als ihre Ideologie, und ihre praktische Politik gehe ihrer Ideologie voran.

Brutentsch betont schliesslich, dass der Kampf auch in den Ländern der revolutionären Demokraten noch nicht vollumfänglich für den wissenschaftlichen Sozialismus gewonnen sei; der Flügel der revolutionären Demokratie habe einige Elemente des «nationalen Sozialismus» (afrikanischen Sozialismus) beibehalten, und auch das ideologische Verhältnis zum Marxismus-Leninismus dürfe man nicht überschätzen.

Alles in allem wird erklärt, der Kampf sei noch im Gange und es stehe noch offen, ob die heutige Tendenz als endgültig erachtet werden dürfe. Es habe grosse Wandlungen in Richtung auf den wissenschaftlichen Sozialismus gegeben, doch sei eine rückläufige Entwicklung nicht vollständig auszuschliessen.



Belfall für den abgesetzten Nkrumah: Auf einem internationalen Studententreffen in Ost-Berlin. Aber in Moskau hat man eher die Tendenz, den Namen des gestürzten ghanesischen Diktators diskret zu verschweigen. Man rechnet seinen Fall zu jener «rückläufigen Entwicklung, die nicht vollständig auszuschliessen sei».

vom Kommunismus fehlen. Abgesehen davon, dass die Erklärungen aller Sowjetführer immer ein Bekenntnis zum Kommunismus enthalten haben — das könnten allenfalls bloss taktisch bedingte Lippenbekenntnisse sein —, lässt sich aus den Taten der Sowjetführung in keiner Weise schliessen, dass sie das Ziel des Kommunismus aufgegeben hätte.

Vielmehr können Verhalten und Massnahmen der Sowjetführung nur dann als sinnvoll bezeichnet werden, wenn sie als (zunächst schnelle und heute erzwungenermassen verlangsamte) Schritte zur Weltherrschaft und zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft gesehen werden.

Die Auffassung einiger Beobachter, dass die Sowjetführung eigentlich nur noch einen russischen Imperialismus betreibe, bezieht sich nur auf einen Teil des ganzen Problems. Wenn nämlich die Sowjetunion eine Weltherrschaft verwirklichen will, muss sie vorab ihre Macht entsprechend ausbauen. Hierbei unterliegt sie weitgehend den gleichen geopolitischen Bedingungen wie zuvor die Zaren. Daher auch übereinstimmende Stossrichtungen wie etwa der Zugang zum Baltikum, die Kontrolle der Dardanellen, die Errichtung von Pufferstaaten im europäischen Vorfeld, die Sicherung Sibiriens.

Aber die neuen Stossrichtungen nach Südostasien, Afrika und Lateinamerika, der Unterhalt eines weltweiten Propagandaapparates und Parteinetzes sowie einer Präsenz in jedem Land lässt sich indessen nicht aus russischen, wohl aber aus kommunistischen Anliegen erklären: die Weltherrschaft wird nach wie vor angestrebt. Die sowjetische Globalpolitik fliesst durchaus nicht aus realen Bedürfnissen der Weltmacht UdSSR. Derartige Bedürfnisse können richtigerweise nur insoweit legitim sein, als sie in Tat und Wahrheit defensiver Natur sind.

4. Es bleibt die spekulative Frage, ob nicht trotz alledem die Sowjetunion eben doch das Ziel der

Weltrevolution aufgegeben habe und das weltweite Engagement nur unterhalte, um diese Preisgabe gewissermassen zu tarnen.

Diese Möglichkeit ist — wenigstens theoretisch — nicht von der Hand zu weisen. Es ist in der Psychologie bekannt, dass Ursachen gegenläufig wirken können, also zu Handlungen führen, die vordergründig eher auf gegenseitige Ursachen schliessen lassen. Aus der politischen Ebene treten scheinbar ähnliche Erscheinungen als taktische Massnahmen auf. Es sind dies aber bewusste Handlungen, die den Gegner irreführen sollen, indem so Motive und Absichten versteckt werden. Als bewusste Handlungen unterliegen solche Massnahmen den Ueberlegungen von Aufwand und Ertrag, Risiko und Erfolg. Unter diesem Gesichtspunkt kostet die aggressive Weltpolitik der Sowjetunion denn doch zuviel, als dass sie als blosses Tarnungsmanöver betrachtet werden dürfte. Und die erfolgreiche Tarnung wäre zu wenig ergiebig, als dass sich der dafür geleistete Aufwand lohnen könnte.

Es ist das Wunschenken, wonach nicht sein kann, was nicht sein darf, dafür verantwortlich, dass so viele revolutionäre Bewegungen und Persönlichkeiten unterschätzt worden sind. Daher gebietet die praktische Vernunft, mit dem Schlimmsten zu rechnen (hier also damit, dass die Sowjetunion nach wie vor die Weltrevolution verwirklichen möchte), und gleichzeitig das Beste zu erhoffen, das heisst offen zu bleiben für viele mögliche Entwicklungen.

5. Wie fügt sich nun die friedliche Koexistenz in dieses Bild ein? Diese Doktrin postuliert einen friedlichen Wettbewerb in wirtschaftlichen und kulturellen Belangen unter Vermeidung einer militärischen Auseinandersetzung. Der ideologische Kampf ist hiervon ausgenommen; er soll fortgeführt werden in der Absicht, dem Gegner die eigene Meinung aufzuzwingen. (Das, und nicht der Einsatz militärischer Kampfmittel ist das wesentliche Merkmal des Krieges.) «Fried-

liche Koexistenz deutet mithin auf einen Wechsel der Taktik, nicht aber der Strategie. Sie ersetzt den militärischen durch den im weitesten Sinne des Wortes propagandistischen Kampf. Sie will den Krieg mit nichtmilitärischen Mitteln fortsetzen.

Historisch beruht die «friedliche Koexistenz» auf der internationalen Gleichgewichtslage: die kommunistische Welt ist noch nicht in der Lage, die nichtkommunistische Welt unmittelbar auszuschalten, und umgekehrt. In dieser Gleichgewichtslage müssen neue Mittel zur Erreichung des alten Zieles eingesetzt werden (eine Forderung, die für alle beteiligten Parteien, also auch für den Westen, gilt).

Zusammenfassung

Der Wechsel der sowjetischen Taktik (insbesondere der Verzicht auf den Einsatz militärischer Mittel und der veränderte Inhalt der revolutionären Politik) beweist keineswegs einen Wandel der sowjetischen Zielsetzung oder die Preisgabe der Weltrevolution.

Die «friedliche Koexistenz» ist internationaler Klassenkampf und dient zur Vorbereitung einer möglichst friedlichen Revolution.

Die sowjetische Politik enthält keine schlüssigen Hinweise auf eine Abkehr vom Ziel der Weltherrschaft, wenn auch dieses Ziel in der heutigen Lage behutsamer und unter Vermeidung grösserer Risiken angestrebt wird.

Eine tatsächliche Abkehr vom Ziel der Weltrevolution würde erfordern, dass die Sowjetunion innenpolitisch von einer Kriegs- auf eine Friedenswirtschaft umstellt, die Willkür durch Rechtsstaatlichkeit ersetzt und einen pluralistischen Staat errichtet, und aussenpolitisch auf die Unterstützung und Gleichschaltung kommunistischer Parteien und auf den Unterhalt eines weltweiten Propagandaapparates verzichtet und ihr aussenpolitisches Engagement auf defensive Bedürfnisse zurücknimmt.

SOI